

Die neue SPD: Menschen stärken, Wege öffnen. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Unsere Gesellschaft und die Welt um uns herum haben sich verändert und werden sich weiter verändern. Es gibt neue Herausforderungen, aber auch alte, die noch nicht bewältigt sind. Ungeheure Chancen und Perspektiven tun sich auf – für heutige und künftige Generationen. In dieser Zeit geben wir der SPD ein neues Grundsatzprogramm. Das Berliner Programm aus dem Jahr 1989, entwickelt und geschrieben unter dem Eindruck des Kalten Krieges, reicht als Navigationssystem für sozialdemokratisches Handeln im 21. Jahrhundert nicht mehr aus. Seit dem Mauerfall und der deutschen Vereinigung haben sich nicht nur Deutschland und Europa fundamental verändert; tatsächlich leben wir heute auch international in einer neuen Welt – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.

In den *Leitsätzen auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm der SPD* heißt es deshalb eindeutig: „Die neuen sozialen Fragen, vor allem die Bekämpfung neuer Formen von Armut und Ausschluss, lassen sich mit dem Sozialstaat bisheriger Prägung nur noch unzureichend bewältigen. ... Der vorsorgende und in die Menschen investierende Sozialstaat fördert Beschäftigung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen Wandel mit den Betroffenen, und er erkennt die existentielle Bedeutung von Bildung für die einzelnen Menschen wie auch für die Zukunft unserer Gesellschaft an.“ Und weiter: „Der Sozialstaat soll die Menschen aktivieren, ihr Leben in eigener Verantwortung zu gestalten. ... Der vorsorgende Sozialstaat ist kein Wachstumshindernis, sondern eine wirtschaftliche Produktivkraft.“

An diesen zentralen Einsichten muss die SPD auf jeden Fall festhalten. Die Menschen in Deutschland brauchen einen zupackenden und handlungsfähigen Staat – und sie wollen ihn auch. Mit dem Prinzip des **vorsorgenden Sozialstaates** besitzt die SPD ein überzeugendes Leitbild für die kommenden Jahrzehnte. Keinesfalls dürfen wir zulassen, dass der zeitgemäße Gedanke der sozialen Vorsorge aufgeweicht und uminterpretiert wird: Der vorsorgende Sozialstaat ist etwas grundsätzlich anderes als ein materiell *ver-sorgender* oder rein fürsorgeorientierter Sozialstaat. Und wir müssen uns klipp und klar zu dem Satz bekennen: Die Qualität moderner Sozialstaatlichkeit bemisst sich nicht an der Höhe der umverteilten Transferleistungen. Ob der Sozialstaat die Menschen in unserem Land systematisch dabei unterstützt, ihr Leben selbst verantwortet und nach ihren eigenen Wünschen zu leben – das ist das entscheidende Prüfkriterium für soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. Unabhängig davon muss Sozialpolitik aber natürlich in Notfällen auch nachträglich Verantwortung übernehmen.

I. Vorsorge und Nachhaltigkeit: Die Leitbilder sozialdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert

Die Grundwerte der SPD „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ wurzeln in der Aufklärung. Sie waren schlagkräftige Begriffe zur Bewältigung der Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie sind darauf ausgerichtet gewesen, dem Zusammenleben der Menschen Ziele und Regeln zu geben. Ihre Gültigkeit und ihre Aktualität sind ungebrochen.

In der schnelllebigen Welt des 21. Jahrhunderts beeinflussen wir aber mehr denn je zugleich die Lebenschancen künftiger Generationen und die Lebensbedingungen von Menschen in anderen Regionen der Welt. Der Klimawandel, die Verschwendung von Energieressourcen, die Zerstörung der biologischen Vielfalt und wachsende Verteilungskonflikte um Wasser gefährden das Wohlergehen künftiger Generationen existenziell.

Wer will, dass unsere Kinder und deren Kinder Wohlstand und Lebensqualität erleben, muss Energie effizient nutzen und neue regenerative Energien erschließen. Wer will, dass unsere Kinder und deren Kinder in einer lebenswerten Umwelt aufwachsen, muss heute die natürlichen Grenzen der Erde akzeptieren. Wer möchte, dass künftige Generationen neue Herausforderungen meistern, muss heute vorsorgend in Bildung und Innovation investieren. Wer künftigen Generationen das Recht auf eigene Handlungsspielräume zuerkennt, darf sie heute nicht durch Schuldenberge in den öffentlichen Haushalten zerstören.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedeuten auch: Wir wollen unseren Wohlstand nicht auf Kosten anderer Regionen der Erde und nicht auf Kosten künftiger Generationen organisieren. Wir wollen nur von den Zinsen unserer Erde leben und nicht ihre Substanz verbrauchen. Das ist die Idee der nachhaltigen Entwicklung. Sie ist in einer globalisierten Welt der Schlüssel für ein dauerhaft friedliches und demokratisches Zusammenleben. Und sie ist die Voraussetzung dafür, dass Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit auch morgen noch gelebt werden können.

Dabei ist Nachhaltigkeit weit mehr als Ökologie. Nachhaltigkeit bedeutet Zukunftsfähigkeit und eine neue Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen. Mit dem Begriff der Nachhaltigkeit verbinden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Vision einer Gesellschaft, die Wettbewerbsfähigkeit, Gerechtigkeit nach innen und außen, internationale Solidarität und ökologische Verantwortung zusammenbringt. Dazu gehört die Wiederentdeckung der Idee des technischen Fortschritts. Nicht als Rückfall in die blinde technische Fortschrittsgläubigkeit früherer Jah-

re, sondern als offensives Instrument zur Mobilisierung der gesellschaftlichen Kraft, die wir zur Lösung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts brauchen.

Mit den Begriffen der Vorsorge und Nachhaltigkeit bekennen sich die Sozialdemokratie in allen Kapiteln ihres Grundsatzprogramms durchgängig zur Verantwortung gegenüber der Zukunft. Um das Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, brauchen wir einen Zukunftspakt der Gesellschaft, der neben der Politik auch die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft und jeden Verbraucher einschließt.

Die SPD will der politische Motor eines solchen Pakts sein. Wer glaubwürdig das Ziel der nachhaltigen Entwicklung vermittelt und dies an praktischer Politik beweist, gibt den Menschen Vertrauen in die Zukunft. Vertrauen schafft Sicherheit und Zuversicht. Beides ist die Voraussetzung für Leistungsbereitschaft, Kreativität und Mut. Auf diesem Boden wachsen die Ideen der Innovation, die Fähigkeit zur Veränderung und der Wille, Probleme gemeinsam anzupacken und zu lösen.

II. Von der Bildungsmisere zur zweiten Bildungsrevolution

Vorsorge und Nachhaltigkeit fangen unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts mit Bildung an. Deshalb braucht Deutschland eine neue Bildungsrevolution. Die Bildungsreformen der siebziger Jahre öffneten den Zugang zur Hochschulreife für breite Schichten. Eine neue Bildungsreform muss hingegen am Anfang ansetzen, nämlich bereits im Vorschulbereich. Dies ist ein entscheidender Faktor einer integrierten vorsorgenden Sozialpolitik. Denn wir wollen eine Gesellschaft, in der Erfolg und Aufstieg von der individuellen Leistung des Einzelnen abhängen.

Ob Menschen die Chance zur Teilhabe durch Bildung erhalten, darf nicht abhängig sein von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft oder von ihrem Geschlecht. Deshalb ist der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur ein zentrales Element von Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit. Von der Qualität der Bildung und Ausbildung unserer Kinder hängen zugleich deren individuelle Lebenschancen und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ab.

Erziehung, Bildung, Förderung und Betreuung sind nicht zu trennen. Kindertageseinrichtungen und Schulen haben sich diesen Aufgaben gemeinsam anzunehmen. Beide müssen als Teil unseres Bildungssystems beitragsfrei sein.

Jede Familie soll die Möglichkeit erhalten, ihr Familienleben nach eigenen Wünschen zu gestalten. Familie bedeutet privates Glück. Und doch ist Familie kein rein privates Anliegen, sondern es gibt eine öffentliche Verantwortung für die Familien und besonders die Kinder. Der Staat muss den Rahmen schaffen, damit Familien die Freiheit der Wahl ihres Lebensentwurfes erhalten und alle Kinder die gleichen Chancen haben.

Jedes Kind soll ein Recht auf bedarfsgerechte Förder- und Betreuungsangebote bereits ab der Geburt erhalten, damit alle Kinder gleiche Startchancen haben. Deshalb wollen wir einen Rechtsanspruch auf einen Platz in Krippe und Kita von Anfang an, den ganzen Tag, für alle Kinder. Gleichzeitig ist dies ein wichtiger Baustein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zur neuen Bildungsrevolution gehören Angebote für die Eltern, die wir als Experten in Sachen ihrer Kinder fördern wollen. Kindertageseinrichtungen sollen flächendeckend zu Eltern-Kind-Zentren ausgebaut werden, die effektive Weiterbildungs-, Beratungs- und Hilfsangebote für Familien anbieten. Eltern-Kind-Zentren sind Projekte einer stadtteilbezogenen Armutsbekämpfung, die Bildungsprobleme, Erziehungsschwierigkeiten, Arbeitslosigkeit sowie gesundheitliche Probleme bekämpft.

Erzieherinnen und Erzieher müssen systematisch fort- und weitergebildet werden, gleichzeitig werden wir ihre Ausbildung auf ein Hochschulniveau heben. Lehrerinnen und Lehrer müssen in ihrer Ausbildung mehr Erziehungskompetenzen erhalten.

Bildung braucht Zeit – auch in der Schule. Wir streben darum die Einführung des verbindlichen Ganztagschulsystems an, um das Bildungswesen wieder auf internationales Spitzenniveau zu heben. Wir setzen uns für die Erprobung neuer Modelle des längeren gemeinsamen Lernens ein.

Übergänge von der Berufsausbildung zum Studium sind in Deutschland nichts Ungewöhnliches – teilweise auch der umgekehrte Weg. Häufig sind diese Übergänge jedoch „additiv“ gestaltet: Vorkenntnisse aus der beruflichen Praxis werden im Studium nicht anerkannt. Für die betroffenen Menschen bedeutet dies eine Verlängerung von Ausbildungszeiten mit Dopplungen. Für Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet es, dass dringend notwendige Fachkräfte in ihrer Ausbildung Mehrfachschleifen durchlaufen – ihre Ausbildungszeit wird unnötig verlängert.

Es muss unser Ziel sein, die Dopplungen in Bildungsverläufen zu vermeiden und damit zu einer ehrlichen Anrechenbarkeit von Erfahrungen und Kenntnissen aus der schulischen und der beruflichen Ausbildung sowie aus der beruflichen Praxis zu erhalten. So werden die Hürden für das lebenslange Lernen abgebaut - ein sinnvolles Miteinander von Hochschule und Beruf wird möglich.

III. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Der Markt ist das beste Ordnungsprinzip wirtschaftlicher Tätigkeit – doch der Markt braucht einen starken Staat, der - wo nötig - steuernde Funktionen übernimmt. Unter

den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts müssen wir das sozialdemokratische Prinzip: „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“ zeitgemäß erneuern.

Deutschland befindet sich im Umbruch von der Industrie- zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft. Diesen Wandel kann Deutschland im globalen Wettbewerb nur mit einer hohen Innovationsdynamik meistern. Wachstumsmärkte entwickeln sich vor allem in den Hightech- und Dienstleistungssektoren. Diese Bereiche müssen gefördert und ausgebaut werden, denn hier entstehen die meisten zukunftssicheren Arbeitsplätze. Doch wir wollen und dürfen den Industriesektor nicht vergessen, er wird weiterhin einen breiten Sockel unserer Wirtschaftskraft bilden. Und es wird zunehmend Verflechtungen zwischen dem Industrie- und dem Dienstleistungssektor geben.

Wir müssen also der Industrie in Deutschland gute Standortbedingungen bieten. Dabei spielen Investitionen in Forschung und Entwicklung eine herausragende Rolle.

Wir profitieren von der Globalisierung wie kaum ein anderes Land der Welt, denn sie eröffnet der deutschen Wirtschaft neue Märkte. Was wir brauchen, ist ein modernes wirtschaftspolitisches Konzept, das marktwirtschaftliche Freiheit und sozialen Ausgleich verbindet. Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft ist bestens geeignet, die unternehmerische Freiheit des Einzelnen, fairen Wettbewerb, Verantwortungsbewusstsein und Leistungswillen zu vereinen.

Soziale Verantwortung und Leistungsorientierung sind keine Gegensätze. Über 880.000 Betriebe im Mittelstand und im Handwerk, meist Familienbetriebe, machen vor, dass Wirtschaftskraft und eine werteorientierte Unternehmensführung Hand in Hand gehen können. Gut ausgebildete und leistungsbereite Mitarbeiter müssen wieder im Mittelpunkt einer erfolgreichen Unternehmensführung stehen.

Europa wächst zusammen, deutsche Unternehmen agieren verstärkt auch auf einem globalen Markt. Handlungsspielräume auf nationaler politischer Ebene geraten dadurch zunehmend unter Druck. Deswegen müssen wir eine europaweite Harmonisierung der wirtschafts- und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen voranbringen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen in Europa zu gewährleisten.

Mitbestimmung und Teilhabe am unternehmerischen Erfolg haben sich bewährt und werden auch im Ausland als deutsches Erfolgsmodell anerkannt. Wir müssen noch mehr Unternehmen dafür begeistern. Motivation und Leistungsbereitschaft, Kreativität, Arbeitszufriedenheit sowie die Verbundenheit mit dem Unternehmen sind umso stärker, je mehr Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte und damit Teilhabe am unternehmerischen Erfolg Mitarbeitern zusteht.

Wir unterstützen Modelle der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, sowohl unter dem Aspekt der Wirtschaftsdemokratie und der Mitbestimmung als auch der Identifikation der Beschäftigten mit dem Unternehmen, der Übernahme von Verantwortung sowie der Motivation der Mitarbeiter.

IV. Europa: Unsere Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Das vereinte Europa war und ist das erfolgreichste Friedensprojekt der Welt. Europa steht für Wohlstand, Solidarität, Pluralismus und Freiheit. Deshalb sind unsere sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität auch zukünftig nur in einem demokratischen und handlungsfähigen Europa zu verwirklichen. Die europäische Einigung ist aus der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges erwachsen; im 21. Jahrhundert jedoch braucht Europa eine neue Begründung im Heute und Morgen. Diese liegt in der Antwort auf die Herausforderungen, vor denen alle europäischen Staaten heute stehen. Globalisierung, demografischer Wandel, Knappheit der natürlichen Ressourcen, der technologische Wandel und die Bedrohung durch den Terrorismus erfordern mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Im globalen Wettbewerb geht es nicht allein um Anteile am Weltmarkt, sondern um die zeitgemäße Erneuerung unseres europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodells.

Neben der Vollendung des Gemeinsamen Marktes brauchen wir Europa als Sozialen Raum. Die Vorteile der Wirtschafts- und Währungsunion müssen durch eine stärkere wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung voll zum Tragen kommen. Der ruinöse, unfaire Standort- und Steuersenkungswettbewerb muss beendet werden. Wir brauchen soziale und ökologische Mindeststandards. Gemeinsam mit erneuerungsbereiten europäischen Gewerkschaften gilt es zu verhindern, dass Arbeitnehmer in der EU gegeneinander ausgespielt werden. Die Erneuerung der europäischen Sozialstaatlichkeit muss darauf zielen, die gestiegenen Anforderungen an die Flexibilität der Menschen mit einem hohen Maß sozialer Sicherheit zu verbinden. Die Harmonisierung der nationalen Sozialsysteme ist dafür nicht erforderlich.

Erforderlich ist eine umfassende Reform des EU-Haushalts. Die Lasten müssen solidarisch auf alle Schultern verteilt werden. Die Ausgaben müssen auf Zukunftsaufgaben wie Forschung und Bildung konzentriert werden. Europäische Umverteilungspolitiken, allen voran die Gemeinsame Agrarpolitik, gehören systematisch auf den Prüfstand.

Die Erweiterung der EU beweist die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration. Die EU steht allen europäischen Staaten offen. Jene, die eine Mitgliedschaft anstreben, sind zur Einhaltung strenger Kriterien verpflichtet. Mit Blick auf alte und neue Nachbarn muss Europa eine attraktive Nachbarschaftspolitik entwickeln, die ihre Wirkung auch ohne die Perspektive einer Vollmitgliedschaft in der EU entfalten kann.

Vor künftigen Erweiterungen müssen institutionelle Reformen stehen. Wir wollen die EU auch mit 27 und mehr Mitgliedern als eine politische Union entwickeln und die Integration vertiefen. Auch der Verfassungsvertrag ist kein Schlusspunkt der Integration. Politische Verantwortung muss in der EU klarer zuzuordnen sein. Die EU braucht eine Regierung, die von der aus den Europawahlen siegreich hervorgegangenen Kraft gestellt wird. Das Europäische Parlament als Bürger- und der Rat als Staatenkammer müssen die gleichberechtigten Legislativorgane werden. Ein starkes Europäisches Parlament braucht als Partner europataugliche nationale Parlamente, die innerstaatlich Einfluss auf die europäische Gesetzgebung nehmen.

Das Ziel, Globalisierung im Sinne wachsenden Wohlstandes und des friedlichen Zusammenlebens für alle Menschen zu gestalten, erfordert europäisches Denken und Handeln in Brüssel, Berlin, in den Landtagen und Rathäusern.. Die europäische Sozialdemokratie muss sich als politische Kraft etablieren, die Europa im Sinne von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mitgestaltet. Dafür brauchen wir eine Sozialdemokratische Partei Europas, die diesen Namen verdient. Neben den nationalen Parteien muss die SPE zu einer Mittlerin zwischen den Bürgern und der Politik in den europäischen Institutionen werden. Die deutschen Sozialdemokraten müssen die organisatorische und programmatische Stärkung der SPE vorantreiben. Mehrheitsabstimmungen müssen auch auf Parteikonventen der SPE die Regel und nicht die Ausnahme werden.

V. Kultur

Kultur ist die geistige Lebensgrundlage des Menschen. Sie prägt das Individuum, stiftet Identität und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kultur ermöglicht gesellschaftliche Partizipation. Eine Politik der Vorsorge und der Nachhaltigkeit ist auf Kultur als Kreativ- und Produktivkraft angewiesen.

Kultur trägt zum Gemeinwohl bei und darf deshalb nicht ausschließlich den Regeln des Marktes unterliegen. Der Staat hat ihr gegenüber eine besondere Verantwortung. Staatliche Kulturförderung kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Dies gilt nicht nur für die Pflege des kulturellen Erbes, sondern auch für die zeitgenössische Kunst. Alle Bürger müssen die Chance haben, an kultureller Vielfalt und künstlerischer Kreativität teilzuhaben, sich zu entfalten. So entstehen zum Teil vollkommen neuartige, dynamische und kulturell bereichernde Prozesse und Ausdrucksformen.

Weil es auch bei einer weiterentwickelten sozialdemokratischen Kulturpolitik darum gehen muss, Menschen zu stärken, ist es eine besondere Verpflichtung des Staates, die Chance zu Teilhabe überhaupt zu eröffnen. Deshalb kommt der kulturellen Bildung ein besonderer Stellenwert zu. Sie dient einer umfassenden Persönlichkeitsbildung, befähigt zu sozialer Mündigkeit und fördert zudem die Verantwortungsbereitschaft in der Zivilgesellschaft. Angebote der kulturellen Bildung müssen deshalb vom frühkindli-

chen Alter an unterbreitet werden. Unter dem Leitbild des vorsorgenden, aktivierenden Sozialstaates gilt es somit, in einem umfassenden Sinne die kulturellen Kompetenzen zu fördern.

Die kulturelle Bildung verdient nicht nur unter kultur- und gesellschaftspolitischen Aspekten ein besonderes Augenmerk. Sie hat auch eine volkswirtschaftliche Dimension. Mit der Kreativwirtschaft/Kulturwirtschaft ist ein neuer Wachstumssektor entstanden, der eine hohe Nachfrage nach künstlerisch fundierter Kompetenz aufweist. Somit stützt auch die künstlerische Kreativität das volkswirtschaftliche Innovationspotenzial.

Gleichwohl muss sich Sozialdemokratische Kulturpolitik in besonderer Weise den Kreativen und Künstlern verpflichtet fühlen, die in ungesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Grundlage einer kreativen Erwerbsarbeit ist das geistige Eigentum. Der Schutz des geistigen Eigentums ist an die jeweilige technische Entwicklung anzupassen, um eine angemessene Vergütung kreativer Leistungen sicherzustellen. Zudem müssen die speziellen Belange der Künstlerinnen und Künstler in den Systemen der soziale Grund- und Alterssicherung berücksichtigt werden.

Das Zusammenleben innerhalb und zwischen den Nationen ist durch kulturelle Vielfalt bestimmt. Der Austausch zwischen den Kulturen bereichert das Leben. Das Bewusstsein um die eigene kulturelle Identität, die gegenseitige Neugier auf andere kulturelle Prägungen und der Respekt ihnen gegenüber sind Grundbedingungen des friedlichen Zusammenlebens in einer globalen Gesellschaft.

VI. Die Bürgergesellschaft lebt: Identität im 21. Jahrhundert

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Innovation, Dynamik und gleiche Chancen zur individuellen Persönlichkeitsentfaltung. Wir wollen aber auch dazu beitragen, dass die Menschen dabei nicht Halt und Orientierung verlieren. Wir sind überzeugt: Familie, Arbeitsplatz und Lebensumfeld, die Orte der Zugehörigkeit in den Städten, Gemeinden und Regionen, sind die zentralen Erfahrungsräume, die Menschen zusammenführen und mit denen sie sich identifizieren. Sie sind für sie Heimat im besten Sinne. Ihre Integrationskraft zu stärken und allen gerade an diesen Lebensorten Chancen der Teilhabe zu geben, ist darum Voraussetzung des sozialen Zusammenhalts.

Unsere Gesellschaft braucht für den Zusammenhalt die aktive, freiwillige und verantwortliche Teilhabe ihrer Bürgerinnen und Bürger. Gemeinschaftliches Handeln entsteht nicht von selbst. Menschen erlernen die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für sich und für andere in ihren Familien, am Arbeitsplatz, an ihren Wohnorten und überall da, wo sie Freiräume für selbst bestimmtes, selbst organisiertes und eigenverantwortliches Handeln finden.

Fast alle Menschen streben nach Orten der Zugehörigkeit, der Vertrautheit und der Verlässlichkeit, nach Heimat. Ohne bürgerschaftliches Engagement, ohne demokratische Gemeinschaftserfahrungen und ohne eine intakte Lebenswelt gelingt es keiner Gesellschaft, die aus Vielfalt und Wandel entstehenden Konflikte solidarisch zu lösen. Die Chancen des Zusammenhalts müssen organisiert werden.

Auch im 21. Jahrhundert bleibt der wurzellose Weltbürger eine lebensfremde Fiktion. Die Städte und Gemeinden sind die Heimat der Demokratie und die wichtigsten sozialen Erfahrungsorte der Menschen. Sie werden von den meisten Menschen, die in ihnen leben, als ihre eigene Heimat empfunden. Sie sind und bleiben die Orte, an denen das öffentliche und private Leben seinen Ausgang nimmt und Orientierung erhält.